

Gemeinsame Pressemitteilung

06.03.2025

Für einen starken Automobilstandort: Bürgermeister-Initiative bewertet EU-Aktionsplan als Erfolg – aber es bleibt viel zu tun

Das mittlerweile 21 Auto-Städte umfassende Bündnis „Bürgermeister für einen starken Automobilstandort“ sieht den von der EU-Kommission vorgestellten Aktionsplan als Bestätigung seiner Arbeit und als ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Einige zentrale Forderungen der Initiative wurden aufgegriffen – dennoch bleiben entscheidende Fragen offen.

„Es ist ein Erfolg, dass die EU-Kommission die Notwendigkeit einer **technologieneutralen** Transformation hin zur Klimaneutralität anerkennt und die Verordnung zum Verbrenner-Aus schneller als geplant überprüfen will. Ebenso begrüßen wir die angekündigte größere **Flexibilität bei der Erreichung der CO₂-Flottengrenzwerte** sowie die geplante **massive Erhöhung der Innovationsförderung**“, erklären die vier Köpfe der Initiative, Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper aus Stuttgart, Dennis Weilmann aus Wolfsburg, Simon Blümcke aus Friedrichshafen und Uwe Conradt aus Saarbrücken.

Wichtige Fortschritte, aber zentrale Fragen bleiben unbeantwortet

Der Aktionsplan greift viele der Kernanliegen der Bürgermeister auf. Positiv ist auch die geplante **Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Ladeinfrastruktur**. Dennoch werden entscheidende Punkte nicht aufgegriffen:

- **Weiterhin Strafzahlungen vorgesehen:** Die Frage der CO₂-Flottengrenzwerte wurde zwar flexibilisiert, doch **Strafzahlungen in Milliardenhöhe**, die Unternehmen in ihrer Investitionsfähigkeit einschränken, drohen weiterhin.
- **Unklarer Fokus der Innovationsförderung:** Zwar sollen massive Mittel bereitgestellt werden, doch bislang gibt es Anzeichen, dass diese stärker auf autonomes Fahren ausgerichtet sind, anstatt gezielt **neue und alternative Antriebstechnologien** wie Wasserstoff, Plug-In-Hybride oder synthetische Kraftstoffe zu fördern.
- **Weiterhin keine Strategie für den notwendigen Ausbau der Stromnetze:** Ohne ausreichende Stromversorgung bleibt der Hochlauf der Elektromobilität eine Herausforderung. Hier erwarten wir eine **konkrete Strategie für Investitionen in die Energieinfrastruktur**.

„Die EU-Kommission hat mit ihrem Aktionsplan signalisiert, dass sie die Sorgen der Automobilstandorte wahrnimmt. Das ist ein erster Erfolg unserer Initiative. Doch wir werden weiter Druck machen, damit die Deindustrialisierung gestoppt wird und die Autohersteller und Zulieferer

rer eine Perspektive haben. Wir werden für die Arbeitsplätze der Menschen in unseren Regionen kämpfen“, so Nopper, Weilmann, Blümcke und Conradt.

Hintergrund: Bürgermeister-Initiative für einen starken Automobilstandort

Ein breites parteiübergreifendes Bündnis von Verwaltungschefs bildet die Initiative „**Bürgermeister für einen starken Automobilstandort**“. Die vier Köpfe der Kampagne sind die Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper aus Stuttgart, Dennis Weilmann aus Wolfsburg, Simon Blümcke aus Friedrichshafen und Uwe Conradt aus Saarbrücken, der die Initiative ins Leben gerufen hat. 17 weitere Verwaltungschefs großer Automobilstandorte haben sich der Initiative inzwischen bereits angeschlossen:

Eva Weber (Oberbürgermeisterin Augsburg), Steffen Scheller (Oberbürgermeister Brandenburg a. d. Havel), Armin Grassinger (Bürgermeister Dingolfing), Thomas Kufen (Oberbürgermeister Essen), Christian Scharpf (Oberbürgermeister Ingolstadt), Arne Moritz (Bürgermeister Lippstadt), Steffen Hertwig (Oberbürgermeister Neckarsulm), Marcus König (Oberbürgermeister Nürnberg), Katharina Pötter (Oberbürgermeisterin Osnabrück), Jürgen Dupper (Oberbürgermeister Passau), Monika Müller (Oberbürgermeisterin Rastatt), Marc Speicher (Oberbürgermeister Saarlouis), Uli Meyer (Oberbürgermeister Sankt Ingbert), Richard Arnold (Oberbürgermeister Schwäbisch Gmünd), Sebastian Remelé (Oberbürgermeister Schweinfurt), Bernd Vöhringer (Oberbürgermeister Sindelfingen) und Constance Arndt (Oberbürgermeisterin Zwickau).

Über 700.000 Arbeitsplätze hängen in den Regionen der 21 Städte vom Auto ab.

Im Februar hatte das Bürgermeister-Bündnis in einem 7-Punkte-Papier von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Maßnahmen gefordert, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Autoindustrie und Hunderttausende Arbeitsplätze zu sichern. Im Anschluss hat das Bürgermeister-Bündnis Gespräche mit der EU-Kommission in Brüssel geführt.

Mehr Infos: www.saarbruecken.de/automobilstandort.